

Rede zum Haushalt 2023

gehalten von Dr. Hannes Müller (stv. Fraktionsvorsitzender) zur Ratssitzung am 01.12.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

das Pariser Klimaschutzabkommen aus dem Jahr 2015 sieht vor, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, bestenfalls auf 1,5 Grad begrenzt werden soll. Es wird davon ausgegangen, dass ein Überschreiten der Erderwärmung um 1,5 Grad die Wahrscheinlichkeit des Erreichens von sogenannten Kippelementen deutlich erhöht. Damit könnten unumkehrbare, sich selbst verstärkende negative Folgen für das globale Klimasystem einhergehen. Für Deutschland wird davon ausgegangen, dass wir bereits eine Erwärmung von etwa 1,6 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit erreicht haben. Was diese Erhitzung bedeutet, spüren wir seit einigen Jahren hautnah: Langanhaltende Hitze- und Dürreperioden folgen aufeinander. Gleichzeitig häufen sich bisher nicht gekannte Starkregenereignisse in Deutschland. Angesichts dieser Katastrophe in Zeitlupe, sollten wir also davon ausgehen können, dass jedes kommunale Handeln die Abmilderung der Klimakrise im Blick hat. Ziehen wir dazu am Ende meiner Ausführungen Bilanz.

Herr Meussen, Sie stellen uns jedes Jahr dar, wie prekär unsere Finanzlage ist. Sie planen für nächstes Jahr mit einem Minus von etwa 3,0 Mio. €. Das sind wahrlich trübe Aussichten! Ich habe mir allerdings Ihre Übersicht der Entwicklung der Fehlbeträge seit 2008 einmal genau angeschaut: Daraus ist ersichtlich, dass der Rechnungsabschluss in jedem Jahr deutlich besser war als die Planung. Die Abweichungen reichen von + 1,1 Mio. € bis zu + 5,4 Mio. €, im Mittel etwa + 3,3 Mio. €. Nicht, dass wir uns missverstehen: Ich freue mich sehr über bessere Haushaltsergebnisse! Ich bin sehr froh, dass die Ergebnisse nicht regelhaft deutlich schlechter sind als die Planung. Für das politische Handeln ist mir und meiner Fraktion aber sehr wichtig, dass am Ende des Jahres die Haushaltsergebnisse den Planwerten möglichst treffsicher entsprechen. Geplante und vom Rat genehmigte Ausgaben sollten auch getätigt werden. Im Produkt „Klimaschutzmaßnahmen“, Sachkonto 5291079 werden beispielsweise seit 2021 fortlaufend jährlich je 60.000 € Ausgaben geplant. Ausgegeben wurden davon 2021 1.446 €. Für 2022 liegt das voraussichtliche Ist bei etwa 21.000 €, wie Sie Herr Meussen uns auf Anfrage mitgeteilt haben. Abgesehen davon, dass bereits der geplante Betrag von 60.000 € aus unserer Sicht für diese wichtige Aufgabe viel zu niedrig ist, wird die geplante Summe regelhaft nicht einmal ansatzweise ausgegeben.

Uns Grünen ist selbstverständlich klar, dass in Haltern am See insbesondere auch angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur wenig Spielräume für zusätzliche freiwillige Ausgaben bestehen. Umso wichtiger sind Prioritätensetzung bei den Ausgaben und eine Optimierung der Einnahmen. Unser Antrag zur Ausweitung des Stellenplans vom 14. Juli dieses Jahres hatte einen Prozess zu einer fraktionsübergreifenden Konsensfindung vor Augen. Damit sollte der Stellenplan

mit Blick auf die Zukunftsaufgaben im Kinder- und Jugendbereich, in der Stadtentwicklung und beim Klimaschutz optimiert werden. Wir wurden noch nicht zu einem Auftakt für einen ebensolchen Prozess eingeladen. Gleichzeitig wurde uns im AGS allerdings immer wieder berichtet, dass bestimmte Aufgaben bzw. Angebote nicht übernommen werden konnten, u.a. weil das Personal dafür nicht zur Verfügung stand. Wir müssen offensichtlich davon ausgehen, dass diese Handlungsfelder für die Verwaltungsspitze nicht die gleiche Priorität haben wie für uns. Noch ein Wort zur Optimierung der Einnahmenseite: Unser Vorschlag im vergangenen Sitzungszyklus, die städtischen Parkgebühren moderat über eine reine „Steuerausgleichsanpassung“ hinaus auf 1, bzw. 2 € pro Stunde zu erhöhen, hätte nach Auskunft von Ihnen Herrn Meussen Mehreinnahmen in Höhe von etwa 110.000 € jährlich generiert. Diese Summe hätte dem Haushalt 2023 gutgetan und beispielsweise für Klimaschutz- oder Klimaanpassungsmaßnahmen eingesetzt werden können.

Nicht wenig Geld wird uns in den nächsten Jahren die Umsetzung des innerstädtischen Verkehrskonzeptes kosten, wenn wir es denn gleich beschließen sollten, was ich sehr hoffe! Meine Fraktion hat in den letzten Jahren mehrfach die zügige Beschlussfassung und Umsetzung angemahnt, um die Utopie der „fahrradfreundlichen Stadt Haltern“ Wirklichkeit werden zu lassen. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich dem Planungsbüro für die Ausarbeitung und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für den Prozess der Begleitung. Das Verkehrskonzept ist – ich bleibe bei meinen Worten im KUMA – ein Meilenstein für mehr Verkehrsgerechtigkeit in Haltern und schafft die Basis, den nicht-motorisierten Verkehr gleichberechtigt mit dem motorisierten Individualverkehr koexistieren zu lassen. Die grundsätzlich ablehnende Haltung der CDU-Fraktion während der KUMA-Beratung ist für mich absolut nicht nachzuvollziehen. Man stört sich u. a. daran, dass die Erreichbarkeit aus den Ortsteilen schlechter werde. Warum das so sei, wird offengelassen. Bei Umsetzung des Konzepts wird keine einzige existierende Verbindungsstraße für den motorisierten Verkehr gesperrt. Einzig der Verkehrsraum wird gerechter aufgeteilt. Der ruhende Verkehr wird – mit Ausnahme des Schüttenwalls – ortsnahe verlagert. Die zur Verfügung stehende Parkplatzzahl am Straßenrand nimmt ab, ja das stimmt, kann aber an anderer Stelle kompensiert werden. Die Autofahrenden werden zum Einkaufen vielleicht an anderer Stelle parken müssen als bisher – einen Platz werden sie aber sicher finden. In der Ablehnungsrede der CDU wurde gesagt, Zitat: „auch in Zukunft wird die deutliche Mehrheit der Menschen – insbesondere aus den Ortsteilen – nicht sämtliche oder auch nur die meisten Wege mit dem Rad bestreiten und dafür auf das Auto verzichten können.“ Ich möchte dem entschieden widersprechen, denn Prognosen sind bekanntlich schwierig. Insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen. So sagte Gottlieb Daimler 1901 voraus: „Die weltweite Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wird 5000 nicht überschreiten – allein schon aus Mangel an verfügbaren Chauffeuren.“. Es kam im 20. Jahrhundert anders. Wir sind nun am Zug, die richtigen Weichen für die Mobilität der Zukunft zu stellen!

Einen weiteren Knackpunkt im Haushalt sehen wir in der Umsetzung unserer städtischen Gründachstrategie. Im letzten Jahr wurde auf unseren Antrag hin von der Verwaltung eine wirklich gute Gründachstrategie ausgearbeitet und im KUMA beschlossen. Dafür möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken! Wichtig ist aber vor allem, dass aus dem geduldigen Papier am Ende auch praktische Taten erfolgen! Der Beschluss zur Gründachstrategie lautet auszugsweise: „Die Stadt Haltern am See befürwortet eine umfassende Gründachstrategie und wird zu deren Umsetzung [...] bei städtischen Grundstücken und Einrichtungen wo immer möglich Dachbegrünungen realisieren, um hier eine Vorbildfunktion zu übernehmen [...]“. Wie kann es daher sein, dass wir in diesem Jahr in der Beschlussvorlage zum Bau- und Finanzierungsbeschluss zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Sythen folgendes lesen mussten: „Auf ein Gründach wurde

bewusst verzichtet, da die Leichtbauhallenkonstruktion dafür nicht ausgelegt ist und dieses zu weiteren, sechsstelligen Kosten bis in die Fundamentbauteile geführt hätte.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann hätte man eine andere Konstruktion planen müssen! Eine Dachbegrünung wäre möglich, also gemäß Gründachstrategie vorzusehen gewesen. Im Grundsatzbeschluss aus 2021 war ein Gründach aus ebendiesen Gründen noch vorgesehen. Meinen Sie wirklich, dass wir als Stadt die richtigen Signale an private Bauwillige senden, wenn wir unsere eigene Strategie bei der erstbesten Entscheidung ignorieren? Dazu ein Zitat von Albert Schweitzer: „Das gute Beispiel ist nicht eine Möglichkeit, andere Menschen zu beeinflussen, es ist die einzige.“ Manchmal kosten uns die richtigen Entscheidungen kurzfristig Geld. Die falschen aber kosten uns langfristig!

Werfen wir einen Blick auf den Bereich Jugend und Soziales im Haushalt. Hier sehen wir ebenfalls großen Änderungsbedarf. Erstens: In Haltern findet keine echte Kinder- und Jugendbeteiligung an demokratischen Prozessen statt. Es ist gut, Kinder und Jugendliche an der Planung einer Skate-Bike-Anlage zu beteiligen. Dies reicht aber nicht aus, um Kinder und Jugendliche strukturell an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen und ihnen eine Stimme zu verleihen. Zweitens: Mit Antrag von 14. Juli 2022 hatten wir eine Stellenausweitung zur Schaffung eines Kinder- und Jugendbüros angeregt. Mit Blick auf die verwaltungsseitige Stellungnahme im Stellenplan zu unserem Antrag scheint es, als wäre die Idee dahinter schlicht nicht verstanden worden. Uns fehlt eine Anlaufstelle, die die Angst vor dem Jugendamt nimmt und ein niedrigschwelliges Angebot für hilfeschuchende Familien bietet, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“. Drittens: Die Webseite der Stadt ist nach wie vor nicht barrierefrei aufgestellt, obwohl Kommunen seit 2019 verpflichtet sind, digitale Barrierefreiheit sicherzustellen. Ziel muss doch sein, dass für z.B. Menschen mit Migrationsgeschichte oder aus bildungsfernen Milieus die Unterstützungsangebote der Stadt leicht zugänglich sind. Viertens sehen wir keine Fortschritte im Bereich geförderter Wohnungsbau bzw. der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Im Zuge der Beratungen um das Neubaugebiet „Nesberg“ hatten wir mehrfach darauf gedrängt, geförderten Wohnungsbau bzw. bezahlbaren Wohnraum mitzuplanen. Uns erscheint es, als würde die Dimension des Problems schlicht unterschätzt. Man hält Haltern für eine Stadt mit wohlhabenden Einwohner*innen, die kein Problem mit Armut hat. Unsere Wahrnehmung ist eine andere. Die Mietpreise in Haltern sind hoch und steigen immer weiter, bezahlbarer Wohnraum wird knapper, die Inflation galoppiert. Die Armut mag in Haltern versteckter sein als in Großstädten mit sozialen Brennpunkten. Aber es gibt sie auch vor unserer Tür und wir brauchen als Stadtgesellschaft eine Antwort darauf.

Herr Meussen, Sie haben bei der Einbringung des Haushalts angeführt, dass der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine zu einer massiven Verschlechterung unserer Haushaltssituation führt. Ein Grund seien beispielsweise die Kosten für die Unterbringung der Geflüchteten. Diese Ausgaben befürworten wir Grüne ausdrücklich, denn die notleidenden Ukrainerinnen und Ukrainer brauchen jede erdenkliche Unterstützung und Solidarität in diesem unsäglichen und scharf zu verurteilenden Krieg. Gleichzeitig aber sind diese finanziellen Aufwendungen nur ein Vorgeschmack auf künftige Fluchtbewegungen, die durch die Klimakrise ausgelöst werden können. Die Erhitzung der Erde kann dazu führen, dass viele Menschen aus zu heiß gewordenen Klimazonen in die gemäßigten Zonen, also auch zu uns, fliehen. Dies würde den Haushalt in nicht allzu ferner Zukunft noch viel stärker belasten. Auch hier gilt: Jeder Euro, der heute in den Klimaschutz investiert wird, muss später nicht für die Abmilderung der Klimafolgen ausgegeben werden.

Apropos Klimafolgenanpassung: Wann starten wir mit Projekten und Maßnahmen, die der Kühlung des Innenstadtbereichs, insbesondere auch der Fußgängerzone dienen? Wo sind die Einnahmen aus Fördertöpfen, die solche Maßnahmen wie bspw. Fassaden- und Dachbegrünungen, unterstützen? Wo sind die Mittel für Stadtbäume an bisher baumlosen Straßenzügen oder für die Nachpflanzung abgestorbener Bäume? Wo findet eine Innenstadtentsiegelung statt und wo die grundlegende und konsequente Umgestaltung der Stadt zur „Schwammstadt“? Fehlanzeige im Haushalt 2023. Stattdessen werden Initiativen, die den Baumbestand in der Stadt sichern, wie zum Beispiel eine Baumschutzsatzung, hier im Rat abgebügelt. Mit fadenscheinigen Argumenten wurde verwaltungsseits eine Ablehnung unseres Antrags auf Erlass einer Baumschutzsatzung empfohlen. Ich zitiere beispielhaft aus der entsprechenden Drucksache, Nr. 22/099: „Die Verwaltung geht daher von einem Baumbestand in Haltern am See von mindestens 35 Millionen Bäumen in den Wäldern aus“. Diese „bahnbrechende Erkenntnis“ ist völlig unerheblich für die Notwendigkeit einer Baumschutzsatzung. Die Baumschutzsatzung soll dem Erhalt von Bäumen innerhalb der Stadt dienen, um das städtische Mikroklima zu verbessern. Man ging aber in der Vorlage noch weiter, Zitat: „Kernaussage der vorgenannten Ausführungen ist, dass in Haltern jedenfalls eine Baumschutzsatzung nicht vor dem Hintergrund erlassen werden müsste, um einen vermeintlich geringen Baumbestand auf dem Stadtgebiet zu erhalten und sozusagen „um jeden Baum zu kämpfen“. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall.“ Zitat Ende. Man probiert es also mit Zynismus und ist in der Verwaltung tatsächlich der Meinung, dass um keinen Baum gekämpft werden muss, wir hätten ja genug. Schön, dass sich immerhin die FDP-Fraktion dieser kruden Sichtweise nicht anschließen mochte.

Ich ziehe wie versprochen Bilanz: Im Haushalt 2023 wird „Klimaschutz und Klimaanpassung“ als ein strategisches Ziel der Verwaltungsleitung genannt. Papier ist geduldig. Wo sind die Taten? Bei diesem Haushaltsentwurf muss man leider sagen, dass ernste Ambitionen, uns für die Klimafolgen zu rüsten und unseren Beitrag zum weiteren Klimaschutz zu leisten, fehlen. Der letzte Satz des Vorworts des IPCC-Sonderberichts 2018 lautet: „Jedes bisschen Erwärmung zählt, jedes Jahr zählt, jede Entscheidung zählt.“ Ich möchte ergänzen: „Jeder Euro zählt“! Die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden diesem Haushaltsentwurf und dem Stellenplan, die eher die Gegenwart verwalten als die Zukunft gestalten, daher nicht zustimmen können.